

https://report24.news/wirre-flughafen-show-in-tel-aviv-deutsche-delegation-legt-sich-vor-vollgetanktes-flugzeug/?feed_id=34354

18.10.2023

Wirre Flughafen-Show in Tel Aviv: deutsche Delegation legt sich vor vollgetanktes Flugzeug

Was mag der Hintergrund für die bizarre Show am Flughafen von Tel Aviv sein? Wollten die Israelis der Welt zeigen, wie wenig Verstand Deutsche haben – oder war es ihnen ein Anliegen, sie im Staub liegen zu sehen? Wegen eines Luftschutz-Alarms ließ man die Deutschen aus der Maschine aussteigen und sich vor das vollgetankte Flugzeug auf den Boden legen. Im Hintergrund sieht man aber, wie bei anderen Maschinen das ganz normale Abflug-Programm weitergeht. Und zahlreiche Mitglieder der Delegation hatten Zeit für Selfies, die ARD filmte gemütlich das Geschehen.

Ein Kommentar von Willi Huber

“Olaf in Gefahr” – vielleicht ein neues Format für den deutschen Kinderkanal? Was gestern Abend am Flughafen von Tel Aviv abgezogen wurde, spottet jeder Beschreibung. Wie unfassbar einfältig man sein muss, sich quasi unter eine vollgetankte Maschine zu legen, während angeblich Raketenalarm gegeben wird, lässt sich kaum in Worte fassen. Vielleicht ist der Hintergrund darin zu suchen, dass man manchen Deutschen nur Befehle geben muss. Sie werden nicht hinterfragen, was sie tun, sondern gehorchen.

Im nachfolgenden Bild, das von Gerald Markel auf Twitter verbreitet wurde, sieht man, wie hinter der am Boden liegenden deutschen Delegation das Leben am Flughafen weitergeht, als wäre nichts geschehen. Menschen besteigen ein anderes Flugzeug ohne jede Panik. Klar ist, dass es am offenen Flughafengelände bei einem echten Angriff wirklich extrem gefährlich wäre. Dieser Gefahr begegnet man aber nicht, wenn man sich vor einem vollgetankten Flugzeug auf den Boden legt – im Grunde genommen ist das mit Abstand das Dümme, das man in so einer Situation tun kann.

<https://jungfreiheit.de/politik/ausland/2023/asylbewerber-kanaren/>

17.10.2023

Nun wird auch Teneriffa von Migranten überrannt

Die Inselgruppe im Atlantik ist seit mehreren Wochen mit der Anzahl antreffender Migranten überfordert. Die Situation sei „schwierig“, berichtet das Rote Kreuz. Das hat auch mit den Zuständen im nahen Afrika zu tun. LAS PALMAS DE GRAN CANARIA. Mindestens 8.561 [Migranten](#) haben in den vergangenen 14 Tagen die zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln, westlich von [Afrika](#), erreicht. Das entspricht mehr als einem Drittel der diesjährigen Gesamtzahl aller Ankünfte auf der Inselkette, wie der Spiegel berichtet.

Zwischen dem 1. Januar und dem 15. Oktober kamen auf Teneriffa insgesamt 23.537 Asylbewerber an. Das sind 80 Prozent mehr als im Vorjahresraum. Besonders betroffen sein soll dabei die Insel El Hierro. Während dort lediglich 11.000 Menschen leben, kamen alleine Anfang Oktober innerhalb 48 Stunden 1.200 Migranten an.

Push-Faktor Senegal

Ein Sprecher des Roten Kreuzes berichtete damals einer örtlichen Radiostation, daß die Situation auf der Insel „schwierig“ sei. Aus Platzgründen versuche das Notfall-Koordinationszentrum der Kanaren die Migrantenboote an nahe Inseln weiterzuleiten, berichtete Euronews.

Als Grund für die erstarkenden Zahlen nannte die [EU-Grenzschutzbehörde Frontex](#) die Zustände im Senegal. Diese seien ein „Push-Faktor“. Der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes, die Fischerei, stecke in der Krise. Dementsprechend befänden sich viele Fischer auf den ankommenden Booten.

<https://www.alexander-wallasch.de/gesellschaft/heiko-teggatz-sieht-licht-am-ende-des-tunnels-wir-koennen-massenzuwanderung-jetzt-stoppen>

16.10.2023

Heiko Teggatz sieht Licht am Ende des Tunnels: Wir können Massenzuwanderung jetzt stoppen!

Mit Blick auf die anhaltende teils illegale Massenzuwanderung vornehmlich muslimisch-arabischer junger Männer nach Deutschland sind eine Reihe von aktuellen Ereignissen der letzten Wochen und Tage von besonderem Interesse.

Heiko Teggatz, der Chef der Gewerkschaft der Bundespolizei, erklärt den Lesern von alexander-wallasch.de, in welchem Kontext die neuesten politischen Verlautbarungen und die für Deutschland relevanten internationalen Ereignissen einzuordnen sind.

Zunächst ist da die Ministerpräsidenten-Konferenz, die vorgibt, Migration begrenzen zu wollen. Hinzu kommt ein Koordinierungstreffen zwischen der Union und dem Bundeskanzler. Nicht zu vergessen die Wahlerfolge der AfD in Hessen und Bayern, die die Hoffnungen der etablierten Parteien zunichte gemacht haben, dass man das Migrationsthema unter den Tisch fallen lassen kann.

Der Terror gegen Israel war dann der berühmte letzte Funke, als antisemitische Zuwanderer in deutschen Städten gegen Juden mobil machten. Hinzu kam die Ankündigung aus deutschen und EU-Kreisen, dass damit zu rechnen sei, dass Deutschland eine größere Zahl von Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen aufnehmen muss.

Im Gespräch mit Heiko Teggatz:

Es tut sich was in der Frage der Begrenzung der Massenzuwanderung. Hat der Bundeskanzler endlich [Ihren Brandbrief](#) erhört oder was ist da passiert?

Ja, da gehe ich von aus. Denn der Argumentationsaustausch mit Frau Ministerin Faeser wurde ja durch sie abgebrochen. Sie war festgefahren in ihrer Auffassung, auf die Notifizierung verzichten zu können. Deshalb sah ich mich genötigt, am 27. September den Bundeskanzler anzuschreiben und zu hoffen, dass dort über alle Parteigrenzen hinweg jetzt eine

sinnvolle Entscheidung getroffen wird, die Europa und Deutschland vor Schlimmeren bewahrt. Und das scheint so gewesen zu sein, wie Sie es gerade gesagt haben.

Ich gehe mal davon aus, dass sich der Kanzler meinen Brief nochmal sehr zu Gemüte geführt hatte und jetzt schlussendlich zu der weisen Entscheidung gekommen ist, auch die Grenzen nach Polen, Tschechien und zur Schweiz zu notifizieren, um dort die gleichen grenzpolizeilichen Befugnisse zu haben.

Und wenn ich ihnen jetzt den Zahn ziehe und sage, das war angesichts aktueller antisemitischer Ausschreitungen einfach nur Angst, dass Deutschland mit Antisemiten glänzt, die sie selbst importiert haben? Nein, das glaube ich weniger. Es sind viele, viele kleine Puzzlesteine, die so im Laufe der Zeit ineinandergreifen. Auch der schwere Unfall vergangenes Wochenende an der bayrischen Grenze (Red.: Schlepperunfall mit Toten), zeigt ja deutlich, dass es wesentlich ungefährlicher ist, in einer Grenzstation zu kontrollieren als im fließenden Verkehr.

Und die Entwicklung in Nahost, in Israel, in Palästina birgt natürlich auch die Gefahr mit sich, dass sich, wie auch 2015, unter den Strom der Flüchtlinge auch Menschen mischen, die es nicht gut meinen mit uns. Und die muss ich natürlich identifizieren. Ich muss wissen: Wer kommt ins Land? Ich muss wissen: Wo kommt derjenige her? Und ich muss auch wissen: Was hat er vor? Und das geht nur, wenn ich kontrolliere, und zwar sehr engmaschig kontrolliere. Und eine engmaschige Kontrolle ist eben nur in stationären Kontrollen möglich, sowie sie jetzt ja Gott sei Dank in Brüssel angemeldet sind für Deutschland.

<https://www.srf.ch/news/schweiz/sorge-vor-eskalation-basel-bern-und-zuerich-verbieten-demos-voruebergehend> 16.10.2023

Basel, Bern und Zürich verbieten Demos vorübergehend

Angesichts der angespannten Sicherheitslage im Zuge des Krieges im Nahen Osten haben mehrere Städte Demonstrationsverbote verhängt.

In Zürich sind diese Woche keine Demos im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt erlaubt.

Basel und Bern verbieten generell Kundgebungen am kommenden Wochenende.

Das Verbot gilt somit auch für eine für Samstag geplante Demonstration von Corona-Massnahmegegnern in Basel, wie ein Polizeisprecher der Kantonspolizei gegenüber der Nachrichtenagentur Keystone-SDA bestätigte.

Unter dem Namen «Demo für Frieden, Freiheit und Souveränität» war eine trinationale Kundgebung geplant, die zunächst bewilligt wurde. Gleichzeitig riefen antifaschistische Gruppen zu einer Gegendemonstration auf.

In Zürich sind für diese Woche sieben Gesuche für Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt eingegangen, wie ein Sprecher des Sicherheitsdepartements gegenüber Keystone-SDA sagte.

Die Allgemeinverfügung zum Demonstrationsverbot gilt von Freitag 17 Uhr bis Sonntag 24 Uhr. Auch Standkundgebungen und Mahnwachen sind dann untersagt, wie die Polizei schreibt.

<https://www.berliner-zeitung.de/news/angriff-auf-gaza-krankenhaus-barrikade-und-strassenschlachten-in-berlin-neukoelln-und-am-holocaust-mahnmal-li.2150240> 18.10.2023

Barrikaden und Straßenschlachten in Neukölln: 20 verletzte Polizisten und 39 Festnahmen

Nach dem Krankenhaus-Beschuss in Gaza eskalieren in Berlin die pro-palästinensischen Proteste. Polizisten und Feuerwehrleute werden angegriffen und verletzt.

Im [Berliner Bezirk Neukölln](#) und in Berlin-Mitte ist es wegen des Nahost-Konflikts in der Nacht zum Mittwoch zu Ausschreitungen gekommen. Nach vorläufigen Informationen aus Polizeikreisen wurden 39 Personen festgenommen und 65 Strafermittlungsverfahren eingeleitet. 20 Polizisten wurden verletzt. Unter anderem erlitt ein Beamter einen Oberarmbruch. In Neukölln brannten rund um die Sonnenallee Barrikaden, Mülltonnen, E-

Scooter, ein Kinderspielplatz sowie ein Auto.

Einsatzkräfte der Feuerwehr und der Polizei wurden mit Pyrotechnik angegriffen und beschossen. Die Polizei setzte einen Wasserwerfer ein.

[Hintergrund der Proteste ist der Beschuss eins Krankenhauses im Gazastreifen am Dienstagabend.](#)

<https://www.patrick-breyer.de/chatkontrolle-vertagt-riesenerfolg-bei-verteidigung-des-digitalen-briefgeheimnisses/> 18.10.2023

Chatkontrolle vertagt: Riesenerfolg bei Verteidigung des digitalen Briefgeheimnisses!

Der Rat für Justiz und Inneres wird am Donnerstag nicht wie geplant seine Position EU-Verordnung zur „Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern“, der sogenannten Chatkontrolle, beschließen, die das Ende privater Nachrichten und sicherer Verschlüsselung eingeläutet hätte. Der Grund dafür ist, dass es zurzeit für die hochumstrittene und einzigartige Verordnung nicht die erforderliche Mehrheit gibt. Unter anderem Deutschland, Österreich, Polen und Estland positionieren sich klar gegen den aktuellen Entwurf, aber auch Frankreich hat Fragen. Damit wird die geplante Abstimmung nun bereits zum zweiten Mal verschoben.

Der Europaabgeordnete der Piratenpartei, digitale Freiheitskämpfer und Verhandlungsführer seiner Fraktion im Europäischen Parlament, Dr. Patrick Breyer, jubelt:

„Ohne das Engagement und den Widerstand von unzähligen Personen und Organisationen in Europa hätten die EU-Regierungen morgen totalitäre flächendeckende Chatkontrollen beschlossen, das digitale Briefgeheimnis und sichere Verschlüsselung beerdigt. Dass wir das erstmal verhindert haben, gehört gefeiert! Besonders freut mich, dass die millionenschwere professionelle Lobby- und Desinformationskampagne eines Netzwerks aus EU-Kommission und vermeintlichen Kinderschützern vorerst gescheitert ist.

Jetzt muss die Bundesregierung endlich ihre Hausaufgaben machen und sich mit anderen kritischen Staaten auf gemeinsame Forderungen

verständigen. Es reicht eben nicht, nur gegen die Chatkontrolle zu sein. Die verdachtslose, fehleranfällige Durchleuchtung privater Nachrichten ist der toxischste Teil des Verordnungsentwurfs, aber die Probleme gehen weit darüber hinaus. Wir brauchen deshalb einen neuen Ansatz, der auf vorbeugenden Kinderschutz statt Massenüberwachung und Bevormundung setzt! Der letzte ‚Kompromissvorschlag‘ der Ratspräsidentschaft muss in mindestens 5 Punkten grundlegend überarbeitet werden:

Keine verdachtslose Chatkontrolle: Anstelle flächendeckender Nachrichten- und Chatkontrolle soll die Justiz nur die Durchsichtung der Nachrichten und der Uploads von Verdächtigen anordnen können. Nur so kann vermieden werden, dass eine unverhältnismäßige Verordnung zur Massenüberwachung zwangsläufig vor Gericht scheitert und für Kinder überhaupt nichts erreicht wird. Auch eine ungezielte ‚freiwillige Chatkontrolle‘ der Internetkonzerne darf es nicht geben.

Sichere Verschlüsselung schützen: Das sogenannte client-side scanning zur Unterwanderung sicherer Verschlüsselung muss ausdrücklich ausgeschlossen werden. Allgemeine Bekenntnisse zu Verschlüsselung im Gesetzestext sind nichts wert, wenn noch vor der Verschlüsselung durchleuchtet und ausgeleitet wird. Unsere persönlichen Geräte dürfen nicht zu Scannern pervertiert werden.

Anonymität schützen: Streichung verpflichtender Altersüberprüfungen durch alle Kommunikationsdienste, um das Recht auf anonyme Kommunikation zu retten. Whistleblower drohen zu verstummen, wenn sie vor Leaks dem Kommunikationsdienst gegenüber Ausweis oder Gesicht vorzeigen müssen.

Löschen statt Sperren: Anstatt zu versuchen und daran zu scheitern, Ausbeutungsdarstellungen über Zugangsanbieter oder Suchmaschinen zu blockieren, sollte es für Hosts und Strafverfolgungsbehörden zur Pflicht werden, gemeldete Ausbeutungsdarstellungen an der Quelle zu löschen bzw. löschen zu lassen.

Keine Appzensur für junge Menschen: Jugendliche zum Schutz vor Grooming ganz von Allerweltapps wie Whatsapp, Instagram oder Games

ausschließen zu wollen, ist völlig inakzeptabel. Stattdessen müssen die Voreinstellungen der Dienste datenschutzfreundlicher und sicherer werden.

<https://www.nius.de/Politik/riesiger-ueberwachungsskandal-nancy-faeser-liess-mit-geheimdienst-methoden-hunderte-abgeordnete-ausforschen/fdf515b4-301c-4f6b-8aa2-4bdfef77e889> 19.10.2023

Riesiger Überwachungsskandal: Nancy Faeser ließ mit Geheimdienst-Methoden Hunderte Abgeordnete ausforschen

Es ist einer der ungeheuerlichsten Überwachungsskandale in der Geschichte der Bundesrepublik, gesteuert und finanziert aus dem Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD).

Mit klandestinen Methoden sollte ein Forschungsinstitut der Universität Bielefeld ein Gesinnungsprofil von nahezu allen frei gewählten Landtagsabgeordneten in Deutschland erstellen. Die Innenministerin wollte offenbar wissen, ob die frei gewählten Abgeordneten zu rassistischen Verhaltensweisen neigen. Eine solche Überprüfung aller Abgeordneten durch das Innenministerium ist in Deutschland historisch einzigartig.

Der Vorgang im Detail: Landtagsabgeordnete in ganz Deutschland erhielten in den letzten Wochen Bewerbungen von jungen Menschen, die um ein Praktikum baten. Die Mails wurden versandt unter vier deutschen und vier ausländischen Namen. Die Namen lauteten: Achim Günther, Julia Günther, Alexander Dahnhoff und Ahmet Güler, Akeem Gumbwa, Hüliya Güler und Alexej Danowitsch.

Fingierte Bewerbungen als Haltungstest

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wagenknecht-partei gruendung-100.html> 18.10.2023

Sahra Wagenknecht gründet eigene Partei

Stand: 18.10.2023 22:50 Uhr

Sahra Wagenknecht gründet laut Medienberichten ihre eigene Partei. Am Montag will sie nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios einen

Verein vorstellen. Vereinszweck ist wohl die Gründung einer eigenen Partei.

Lange hatte sie damit geliebäugelt, nun will Sahra Wagenknecht offenbar ihre eigene Partei gründen. Das berichten der "Spiegel" und das ZDF, die sich auf das Umfeld der Politikerin berufen. Nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios will sie in der Bundespressekonferenz die Gründung eines Vereins vorstellen. Vereinszweck ist wohl die Gründung einer eigenen Partei, mit der die Parteiführung von Wagenknechts bisheriger Partei, den Linken, Anfang des Jahres rechnet.

Laut "Spiegel" will sie die Gründung des bereits registrierten Vereins "BSW - Für Vernunft und Gerechtigkeit e. V." öffentlich machen will. "BSW" soll demnach für "Bündnis Sahra Wagenknecht" stehen. Bei dem Termin werde die Politikerin auch einen ersten Programmentwurf vorstellen. Noch in der vergangenen Woche sagte die 54-Jährige in einem Gespräch mit tagesschau.de, dass eine mögliche Partei frühestens 2024 gegründet werden könnte.

Mit einem Verein könnten Wagenknecht und ihre Unterstützer allerdings bereits an den Europawahlen und den Landtagswahlen 2024 in Brandenburg teilnehmen - sofern sie weitere Auflagen als "politische Vereinigung" erfüllen. Zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen dürfen hingegen nur Parteien antreten.

Austritt aus Linkspartei besiegelt?

Einen Austritt aus der Linkspartei wolle Wagenknecht nach jetzigem Stand am Montag ebenso wenig bekannt geben wie ihren Austritt aus der Bundestagsfraktion, heißt es in dem Bericht des "Spiegel". In ihrem Umfeld gehe man aber davon aus, dass der Austritt mit dieser Pressekonferenz "besiegelt" sei.

Bereits seit Monaten wird spekuliert, ob die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei ihre eigene Partei gründen wird oder nicht. Zuletzt betonte sie, sie wolle sich bis zum Jahresende festlegen. Zwischen Wagenknecht und ihrer jetzigen Partei gibt es seit Jahren Streit. Zuletzt hatten mehr als [50 Mitglieder der Linken](#) den Parteiausschluss der 54-Jährigen gefordert.

Die Vorsitzende der Linkspartei, Janine Wissler, warf Wagenknecht in den tagesthemen wegen der möglichen Parteineugründung verantwortungsloses Handeln vor. "Angesichts der verheerenden Politik der Ampel" müsse eine linke Bundestagsabgeordnete Opposition gegen die Bundesregierung machen und Alternativen vorlegen, so Wissler. Das Vorgehen Wagenknechts bezeichnete sie hingegen als "Egotrip". An Abgeordnete, die sich einer möglichen neuen Partei anschließen könnten, appellierte Wissler, dass sie auch ihre Bundestagsmandate abgeben: "Das wäre ein Gebot der Fairness." Man könne nicht Mandate, die auf Grundlage des Programms der Linken gewonnen wurden, einfach mitnehmen.